



HESSISCHER LANDTAG

27. 01. 2026

Plenum

Antrag

Fraktion der Freien Demokraten

Verkehrsbelastung in Edermünde-Grifte reduzieren – Zusage zur Ortsumgehung einlösen und Planungsstillstand beenden

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass die Ortsdurchfahrt der Landesstraße 3221 im Edermünder Ortsteil Grifte seit vielen Jahren erheblich durch Durchgangs- und insbesondere Schwerverkehr zwischen den Autobahnen A 7, A 44 und A 49 belastet ist, dass trotz eines seit 2008 bestehenden Durchfahrtsverbots für Lastkraftwagen über 3,5 Tonnen die Strecke lange Zeit als Abkürzungsrouten genutzt wurde, dass die hierdurch verursachten Schäden an Fahrbahn und dem Bauwerk über den Pilgerbach zu Notsanierungen, langanhaltenden Vollsperrungen und einer dauerhaften Sperrung für den Schwerverkehr geführt haben und dass die Belastungen für Anwohnerinnen, Anwohner und Unternehmen in Edermünde, Baunatal und Guxhagen durch Lärm, Umwege, Umsatzeinbußen und verkehrliche Unsicherheiten weiterhin erheblich sind.
2. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, die im Jahr 2012 vom damaligen hessischen Verkehrsminister gegenüber der Gemeinde Edermünde abgegebene Zusage zum Bau einer Ortsumgehung Grifte ausdrücklich zu bestätigen, die seinerzeit festgestellte gute Wirksamkeit und positive Wirtschaftlichkeit des Projekts zu bekräftigen und die Ortsumgehung in das Landesstraßenbauprogramm sowie in die mittelfristige Investitionsplanung des Landes mit einem verbindlichen Zeit- und Finanzierungsrahmen aufzunehmen.
3. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, unverzüglich die erforderlichen Planungs- und Abstimmungsschritte für eine Ortsumgehung Edermünde-Grifte wieder aufzunehmen, eine aktualisierte verkehrliche Bewertung und Variantenuntersuchung einschließlich der in der Region diskutierten Trassen- und Tunnellösungen vorzulegen, die betroffenen Kommunen, die Bürgerinitiative L 3221 sowie weitere zivilgesellschaftliche Akteure systematisch zu beteiligen und die Planungen, soweit aufgrund der Verflechtung mit der A 44, der Bergshäuser Brücke und der A 49 erforderlich, eng mit dem Bund und den zuständigen Stellen zu koordinieren.
4. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, solange die Ortsumgehung nicht fertiggestellt ist, kurzfristig ein tragfähiges Konzept zur Entlastung der Ortsdurchfahrt Grifte vorzulegen, das insbesondere die mittelfristig ohnehin notwendige grundlegende Erneuerung des Bauwerks über den Pilgerbach und der Fahrbahn, wirksame Lärm- und Erschütterungsschutzmaßnahmen, eine sichere Führung des Rad- und Fußverkehrs, die Erreichbarkeit örtlicher Betriebe sowie eine intelligente Verkehrslenkung zwischen A 7, A 44 und A 49 umfasst und sicherstellt, dass Verkehrsbelastungen nicht lediglich auf die Ortsteile Haldorf, Holzhausen oder andere Nachbarkommunen verlagert werden.
5. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, im Rahmen eines abgestimmten Gesamtverkehrskonzepts für Nordhessen darzustellen, wie die Ortsumgehung Grifte, der Ersatzneubau der Bergshäuser Brücke und der weitere Ausbau der A 49 so aufeinander abgestimmt werden können, dass die Erreichbarkeit der Region gesichert, drohende Verkehrskollapse vermieden und die Belastungen für die Bevölkerung entlang der Landes- und Bundesfernstraßen nachhaltig reduziert werden, und den Landtag hierüber regelmäßig zu unterrichten.

Begründung:

Edermünde-Grifte liegt zwischen den Autobahnen A 7, A 44 und A 49 und ist seit Jahren erheblich durch Durchgangs- und Schwerlastverkehr belastet. Die Landesstraße 3221 wurde trotz eines seit 2008 bestehenden Durchfahrtsverbots für Lkw über 3,5 Tonnen lange Zeit als Abkürzungstrecke genutzt. Die unzureichende Durchsetzung dieser Regelung hat zu erheblichen Belastungen für Anwohnerinnen und Anwohner sowie für örtliche Betriebe geführt.

Die bauliche Situation verschärft die Lage zusätzlich. Die Ortsdurchfahrt verläuft über ein in den 1970er-Jahren errichtetes Betonrahmenbauwerk über den Pilgerbach, dessen Zustand als extrem marode bewertet wird. Die 2024 notwendige Notsanierung mit monatelanger Vollsperrung hat deutlich gemacht, dass provisorische Maßnahmen keine nachhaltige Lösung darstellen. Auch die seitdem bestehenden baulichen Sperren für den Schwerverkehr führen zu Umfahrungen, Unsicherheiten und zusätzlichen Belastungen im Ort und in den Nachbarkommunen.

Politisch besteht in der Region seit Jahren Einigkeit darüber, dass es einer strukturellen Lösung bedarf. Kommunen, Bürgerinitiativen und der Kreistag des Schwalm-Eder-Kreises fordern eine leistungsfähige Ortsumgehung. Bereits 2012 hatte das Land Hessen die gute Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit einer Ortsumgehung Grifte bestätigt, ohne dass das Projekt bislang umgesetzt wurde.

Zugleich ist die Situation in Grifte eng mit überregionalen Infrastrukturvorhaben verknüpft. Der Ersatzneubau der Bergshäuser Brücke im Zuge der A 44 sowie der weitere Ausbau der A 49 haben erhebliche Auswirkungen auf die Verkehrsströme in Nordhessen. Ohne eine abgestimmte Planung drohen zusätzliche Verkehrsbelastungen und erhebliche Beeinträchtigungen für Bevölkerung und Wirtschaft.

Wiesbaden, 27. Januar 2026

Der Fraktionsvorsitzende:
Dr. Stefan Naas